
Steirische ‚Blutorangen‘

Rezension von: Barbara Schleicher,
 Heißes Eisen. Zur Unternehmenspolitik
 der Österreichisch-Alpine
 Montangesellschaft in den Jahren
 1918-1933, Peter Lang-Verlag, Frankfurt
 am Main 1999, 534 Seiten, öS 930,-.

Bei der vorliegenden Fallstudie handelt es sich um die aktualisierte Fassung der Dissertation der Autorin, die im Juli 1997 an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg (Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften) abgeschlossen wurde. Die Idee dazu kam im Jahre 1985, als die Autorin bei den Recherchen für ihre Magisterarbeit zum Thema "Kulturarbeit der sozialistischen Kinder- und Jugendbewegung in Wien 1918-1934" zufällig mit dem ehemaligen Donawitzer Hüttenarbeiter Sepp Filz zusammentraf. Im Gespräch erfuhr die Autorin, daß die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit die Beschäftigten der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft als ‚Blutorangen‘ bezeichnete. Zu diesem symbolträchtigen Namen waren die Berg- und Hüttenarbeiter aufgrund der erzwungenen Mitgliedschaft bei den unternehmensfreundlichen Unabhängigen Gewerkschaften gekommen. Obwohl sie laut Mitgliedbuch Gelbe waren, bestand bei den Wiener Genossen kein Zweifel daran, daß sie von ihrer politischen Grundüberzeugung her Rote, sprich Sozialdemokraten, geblieben waren. Diese kuriose Bemerkung war es, was damals die Neugier der Autorin für den österreichischen Montanriesen weckte.

Zu ihrer Blütezeit beschäftigte die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft (ÖAMG) in ihren 12 Produktionsstätten rund 19.000 Mitarbeiter. Diese Konzentration wirtschaftlicher Macht er-

fuhr 1921 mit der Eingliederung in die rheinisch-westfälische Schwerindustrie eine grenzüberschreitende Ausweitung. Seither gab die Düsseldorfer Zentrale im österreichischen Industriekonzern den Ton an. In der vorliegenden Studie wurden schwerpunktmäßig die Konzentrationsentwicklung, das Mitteleuropakonzept, die Rationalisierung, die Sozialpolitik und die Heimwehrpräsenz im deutsch-österreichischen Stahlriesen untersucht.

Der Untergang des Habsburger Weltreiches und die daraus resultierende veränderte geopolitische Lage hatten die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in eine Existenzkrise ohnegleichen gestürzt. Abgetrennt vom einst funktionstüchtigen Verbundsystem mit der böhmischen und mährischen Montanindustrie mußte ein Hochofen nach dem anderen stillgelegt werden, weil es an Hüttenkoks fehlte. Die Gunst der Stunde wußte der undurchsichtige Bankier Camillo Castiglioni geschickt zu nutzen, indem er für das eigene Portefeuille 50.000 und für den Turiner Fiatkonzern 200.000 Alpine-Aktien zum Spottpreis im Juni 1919 erwarb. Für den Fiatkonzern war die ÖAMG nicht nur als reines Spekulationsobjekt, sondern auch als Stahl- und Blechproduzent von Interesse. Nun blieben aber in der Folgezeit die Hochöfen der Alpine kalt, weil das energiearme Italien die Brennstoffkrise nicht zu meistern vermochte. Infolgedessen kam die Entscheidung zum Wiederverkauf des maroden Montankonzerns nicht überraschend. Als Makler wurde abermals Castiglioni engagiert, der das Geschäft mit dem führenden Ruhrindustriellen Hugo Stinnes im März 1921 unter Dach und Fach brachte. Stinnes hatte die ÖAMG nicht allein als Kapitalanlage in einer inflationär erschütterten Zeit oder gar zur Kontrolle eines potentiellen Konkurrenten gekauft. Vielmehr legte er allergrößten Wert auf den steirischen Erzberg – der ihm als gleichwertiger Ersatz für die verlorenen Erzgru-

ben in Luxemburg und Lothringen erschien – und auf die Alpine Montan als Großabnehmer von Ruhrkoks.

Nach Stinnes' plötzlichem Tod, der zum unaufhaltsamen Zusammenbruch seines Imperiums geführt hatte, setzten sich im Sommer 1925 die führenden Köpfe der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zusammen, um nach Lösungsmodellen für die Krisenbewältigung zu suchen. Nach mehreren Sondierungsgesprächen formierte sich zunächst eine "Studiengesellschaft", ehe am 5. Mai 1926 die Vereinigte StahlwerkeAG (VSt) aus der Taufe gehoben wurde. Über die komplizierten Schachtelbeteiligungen gelangte auch die ÖAMG-Aktien in den Besitz der VSt, deren Beteiligungsquote bei 56,66% lag. Der übrige Aktienbesitz verteilte sich auf die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft (23,17%) und den österreichischen Staat (0,75%). Die restlichen 19,42% befanden sich in Streubesitz. Obwohl sich in der Phase relativer Stabilität ein sichtbarer Aufwärtstrend mit höheren Produktionszahlen abzeichnete, wurden die Betriebsgewinne von erhöhten Abschreibungen aufgeessen. Erst in den Jahren 1928 und 1929 rückte die ÖMAG in die Gewinnzone, kam es zur Auszahlung einer Dividende von 4%.

Die große Depression führte auch bei der ÖMAG zu dramatischen Nachfrageeinbrüchen im Inlands- und Auslandsgeschäft. Resultat dessen war der massive Abbau überschüssiger Kapazitäten mittels betriebliche Zusammen- bzw. Stilllegungen. Entsprechend den rückläufigen Umsatzzahlen war an eine Gewinnausschüttung ab 1930 nicht mehr zu denken, stürzten die Aktienkurse an der Wiener Börse in den Keller.

Bereits Hugo Stinnes hatte, vor dem Hintergrund des auseinandergebrochenen westeuropäischen Montanmarktes, die Gewinnung neuer Wirtschaftsräume zur Überlebensfrage deklariert. Über den Zusammenschluß mit Österreich hoffte er auf einen Ausbau eigener Marktanteile.

Entsprechend dieser Marktlogik nahm die ÖAMG eine wichtige Vorreiterrolle ein.

Gemeinsam mit seinem Parteifreund Gustav Stresemann finanzierte Stinnes die deutsch-österreichischen Anschlußorganisationen, die 1921 für die Volksabstimmungen in Tirol, Salzburg und der Steiermark die Propagandaaarbeit übernommen hatten. Nachdem die Volksbefragung durch das energische Einschreiten der Entente ohne staatspolitische Konsequenzen geblieben war, wandte sich Stinnes den österreichischen Presse- und Verlagshäusern zu. Über die heimischen Medien, so die Autorin, hoffte er, langfristig die Sympathien der Österreicher gewinnen zu können.

Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gewann der deutsch-österreichische Anschlußgedanke an Aktualität, hofften doch die Mächtigen auf Wachstumsimpulse durch die Aufhebung der Zollschranken. Die Gewißheit, daß ein politischer Zusammenschluß auf internationale Widerstände stoßen würde, hatte den Plan einer Wirtschaftsunion reifen lassen. Nach einjährigen Sondierungsgesprächen kam es am 19.3. 1931 zur Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Zollunionsvertrages. Für einen kurzen Augenblick schien es, als ob sich die gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die politische Einflußnahme auf Parteien und Parlament für die Montanwirtschaft gelohnt hätten, versprach doch das Handelsabkommen die Erweiterung des Binnenmarktes und den Brückenschlag nach Südosteuropa. Obwohl der Haager Schiedsspruch diese Pläne vereitelte, hielt die schwerindustrielle Führungsriege weiter an der Anschlußidee fest. Darüber hinaus machte sich bei einigen führenden Herren der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl allmählich die faschistische Einstellung breit, daß man "Konkurrenzkämpfe um den Weltmarkt mit militärischen statt bloß wirtschaftlichen Mitteln fortführen" müßte.¹

Bereits zu Stinnes' Zeiten war das Klagelied über das betriebswirtschaftli-

che Debakel des österreichischen Tochterunternehmens angestimmt worden, für das man die ungünstige Wirtschaftslage, den österreichischen "Schlendrian" sowie die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten verantwortlich machte. Zur Kostenentlastung wurden einschneidende Sozialmaßnahmen diktiert. Dementsprechend wurden zuerst die Löhne eingefroren (abgesehen von der Indexierung), dann die regelmäßige Anpassung an den Lebensmittelpreisindex unterlassen und schließlich die Akkordzuschläge gekürzt. Die Minderung des Kostenfaktors Arbeit erfolgte in den Jahren 1921 bis 1925 – also in einer Zeitspanne, in der die Produktionszahlen verdoppelt und 20% der Arbeitskräfte abgebaut wurden.

Infolge der Hyperinflation hatte sich die Kluft zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten vergrößert. Um die Abwärtsspirale nur halbwegs abzufedern, waren die Freien Gewerkschaften zu entsprechenden Lohnforderungen gezwungen. Gestreikt wurde nicht allein um Lohnprozente, sondern auch gegen den betrieblichen Sozialabbau, die Ausgrenzung linksorientierter Betriebsräte und nicht zuletzt gegen die drohende soziale Deklassierung des obersteirischen Reviers. Diese streikreichste Periode in der Unternehmensgeschichte hing direkt mit dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad zusammen. Schätzungen zufolge waren zu Beginn des Jahres 1922 etwa 95% der Belegschaft organisiert, davon allein 80% bei den Freien und 15% bei den Christlichen Gewerkschaften. Dieser gewerkschaftlichen Macht stellte die ÖAMG ihre dezidiert antigewerkschaftliche Personalpolitik entgegen. Über gezielte Einstellungs- und Kündigungspraktiken kam es in steter Folge zum Machtverlust der Freien Gewerkschaften.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre spiegelten sich in der dramatischen Senkung der Beschäftigungsquote um

52,4%, wobei vornehmlich sozialdemokratische, ältere und ausländische Mitarbeiter abgebaut wurden. Neben der Massenündigung, sozialer Ausgrenzung und Personalumschichtung wurde auch die Arbeitszeitflexibilisierung zum Element der Krisenbewältigung. Was die Lohnentwicklung betraf, so wurden mittels Änderungskündigung die allgemeinverbindlichen Flächentarife durch Betriebsvereinbarungen ersetzt, ehe diese von Einzelarbeitsverträgen verdrängt wurden. Mit diesem Kunstgriff gelang es dem Management, die Tarifstruktur schrittweise zu knacken und ein Arbeitsentgelt auf niedrigstem Niveau durchzusetzen.

Mit Hinhaltenaktik, Aussperrungsterror, Vertragsbruch und Kündigung hatte es die Konzernspitze verstanden, die Verhandlungsposition der Freien Gewerkschaftsverbände nachhaltig zu schwächen. Über eine Politik personeller Ausgrenzung wurden sie ihrer betrieblichen Basis beraubt, während die 1928 gegründete Unabhängige Gewerkschaft an Mitgliederstärke zulegen konnte. Das Geheimnis gelben Erfolges lag im ausgeklügelten Werbe- und Drucksystem, das neben Einschüchterung auch Nötigung und Kündigungen vorsah. Mittels Betriebsterrors konnte das politische Kräftespiel innerhalb kürzester Zeit gekippt werden. Da vom gelben Mitgliedsbuch eine relative Beschäftigungsgarantie ausging, zogen viele Erwerbstätige den Beitritt in diese Organisation der drohenden Kündigung vor.

Bedingt durch die strukturelle Arbeitslosigkeit verschlechterten sich die Lebensbedingungen der steirischen Industriearbeiter in zunehmendem Maße. Erwerbslose konnten im monostrukturierten Revier kaum auf Beschäftigungsalternativen hoffen. Selbst in den staatlichen Programmen wie der *Produktiven Arbeitslosenfürsorge* und dem *Freiwilligen Arbeitsdienst* kamen nur wenige, zumeist jüngere Arbeitskräfte unter. Kontinuierliche Abstriche bei den staat-

lichen Sozialleistungen trieben die Langzeitarbeitslosen an den Rand ihrer Existenz – vereinzelt sogar in den Hungertod.

Globalisierung, *Shareholder Value* – hinter neuen Schlagworten stecken alte Konzepte. Die Unternehmenspolitik der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft ist ein Lehrbeispiel dafür. Die schnelle Rendite, auf die das Haus Stinnes setzte, blieb jedoch aus – es mußte saniert werden. Mit einer Mischung aus technokratischer Arbeitsorganisation, Sozialabbau, dem Zurückdrängen der Freien und dem Aufbau Gelber Gewerkschaften sollte das Unternehmen auf Gewinnkurs gebracht werden. Fast

zwangsläufig kam es zum Zweckbündnis zwischen den Konzernherren und den austrofaschistischen Heimwehren und später der NSDAP. Die sogenannten "Marktzwänge" machten die ÖAMG-Direktoren zu Einpeitschern des "Anschlusses". Der Ausgang der Geschichte ist nur allzu bekannt.

Josef Schmee

Anmerkung

¹ Sohn-Rethel, Alfred, Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (Berlin 1992) 156.